



Cross-Asset- und Strategy-Research

Deutschland in der Stimmungsdepression

Die Koalition kann die Krise als Chance nutzen

Deutschland ist in der Rezession. Immerhin ist die Wirtschaft im zweiten Quartal nicht weiter geschrumpft. Trotzdem sind wir das Schlusslicht unter den entwickelten Volkswirtschaften. Die Lage ist nicht gut. Aber die Stimmung ist noch schlechter. Das lässt sich nicht nur in den schwachen Werten des Konsumentenvertrauens oder der Unternehmenserwartungen ablesen.

Das Vertrauen in die politischen Institutionen geht verloren

Fast noch dramatischer ist der jüngste Einbruch des Vertrauens in unser politisches System. Der Politikverdruss hat neue Höchststände erreicht. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa hätten im Juli nur noch 50% der Stimmberechtigten den im Bundestag vertretenen Parteien ihre Stimme geben (bei Nichtbetrachtung der vom Verfassungsschutz beobachteten AfD). Wären die Nichtwähler eine Partei, hätten sie mit 28% den höchsten Stimmenanteil. Politiker und Parteien werden zunehmend nicht als Teil der Lösung gesehen, sondern als zentrales Problem. So sagten es 32% der Bürgerinnen und Bürger. Nur „Wirtschaft und Inflation“ wurde als größeres Problem gesehen.

Die Rezession als „New Normal“?

Die jüngste Umfrage unter Familienunternehmen deutet auf einen „Investitionsstreik“ hin. Und zwar nicht nur, weil die Auftragslage mau ist. Sondern eben auch, weil neben dem hinlänglich bekannten Fachkräftemangel die Überregulierung und die Unberechenbarkeit der Politik als Haupthindernisse für den Wirtschaftsstandort gesehen werden (s. Abbildung).

Eins ist klar: So wie es ist, darf es nicht weitergehen. Aus demografischen Gründen verlieren wir in den kommenden Jahren netto etwa ein Prozent der Erwerbsbevölkerung. Und zwar jedes

**Dr. Moritz Kraemer**

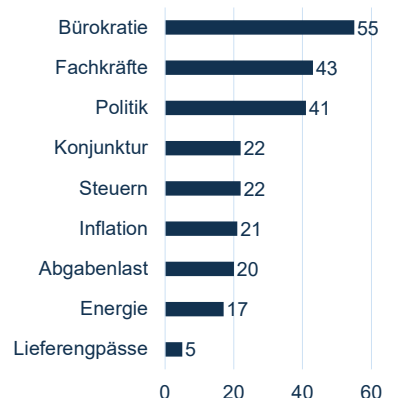
Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

11. August 2023

Überall herrscht Pessimismus

Was sind die größten Investitionshemmnisse?



Quelle: LBBW Research, Die Familienunternehmer, Umfrage 3. Quartal (ausgewählte Antworten, in %)

Jahr. Zugleich nimmt das Produktivitätswachstum seit der Finanzkrise tendenziell ab und liegt mittlerweile deutlich unter 1%. So gesehen ist Deutschlands Wachstumspotenzial nahe Null. Damit droht die Rezession zum „New Normal“ zu werden.

Die Politik kann verlorenes Vertrauen wiedergewinnen

Aber so muss es nicht kommen. Die Ampelkoalitionäre sollten die Sommerpause nutzen, um mal wieder in den Koalitionsvertrag zu blicken. Dort würden sie so manche Vorhaben finden, die nicht nur dem Wirtschaftsstandort wieder auf die Sprünge helfen, sondern den Bürgern auch wieder den Glauben in die Verlässlichkeit der Politik zurückgeben könnten.

Der Begriff „Bürokratieabbau“ findet sich im Koalitionsvertrag nicht weniger als 26 Mal. Klare Ansage: „Wir werden ein neues Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg bringen, welches die Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung gegenüber dem bisherigen Bürokratieaufwand entlastet.“ Und: „Die Verwaltung soll agiler und digitaler werden“.

Nur zu! Fairerweise muss zugestanden werden, dass die Koalition durch Krieg und Energiekrise lange mit dem Austreten von Feuern beschäftigt war. Aber diese Erklärung (Ausrede?) gilt nun nicht mehr. Noch hat die Ampel Zeit, sich auf ihre gemeinsamen Pläne zu besinnen. Die nächste Bundestagswahl ist erst in zwei Jahren. Es ist also noch nicht einmal Halbzeit. Noch kann die Koalition „historisch“ werden, indem sie Reformen auf den Weg bringt, die Deutschlands Wachstumsschwäche überwinden helfen; die dazu führen, dass Unternehmen und Bürger wieder Zuversicht fassen. Und dass wir die rote Laterne wieder abgeben.

Oder sie kann weitermachen wie bisher. Falls noch etwas Kraft zur Gestaltung in der Koalition steckt, dann muss sie jetzt liefern.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Das Wachstumspotenzial ist viel zu niedrig

Die Ampel hat immer noch die Zeit, eine Reformregierung zu werden
